Einheitsfront-Angebot der RGO-Hauptbetriebsräte an alle Eisenbahner!

Kampf um die Lebensinteressen der Eisenbahner! Gegen die faschistische Reaktion!

Anläßlich der Sitzung des Hauptbetriebsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft am 14. und 15. Juni haben die RGO-Betriebsräte ihr Einheitsfront-Angebot zum Kampf für die Interessen und Forderungen der Eisenbahner erneuert. Die sozialdemokratischen und christlichen Mitglieder des Hauptbetriebsrates haben dieses Angebot höhnisch abgelehnt, es bleibt aber an alle sozialdemokratischen, christlichen, Hirsch-Dunckerschen und auch an die proletarischen nationalsozialistischen Eisenbahner gerichtet.

Die Erklärungen der Vertreter der Reichsbahndirektion, die in der Sitzung abgegeben wurden, verstärken die **Notwendigkeit einer geschlossenen Gegenwehr.**

Der Leiter des Oberbaues erklärte, daß **das Jahresprogramm, daß 2000 Kilometer Gleise und 7600 Weichen vorsah, um 50 Prozent gekürzt** werden müsse. Dementsprechend drohen Massenentlassungen. Im Werkstättenwesen wurde verstärkte Rationalisierung angekündigt. Ein katastrophaler Kassenbericht wurde verlesen, um dann neuen Lohnabbau, Verschlechterung der Tarifbestimmungen und der sozialen Einrichtungen, Herabsetzung der Lohngruppen und ähnliche Maßnahmen in Aussicht zu stellen.

Die RGO-Hauptbetriebsräte nahmen zu jedem einzelnen Punkt das Wort und wandten sich scharf gegen jede Verschlechterung.

Die Sitzung brachte noch mancherlei Interessantes. Der Dezernent Dr. Kühne beschönigte mit einer Offenheit bei seinem Vortrag, die nichts zu wünschen übrig ließ, daß bei den letzten Tarifabschlüssen und dem Werkstattpersonalabbau ein **reges Einverständnis zwischen Hauptverwaltung und den Führern der Gewerkschaften** vorhanden gewesen sei. Daraus ist auch zu entnehmen, daß von den Christen und dem AGV niemand und von EdE nur einige Vertreter ein paar nichtssagende Worte zum Bericht der Verwaltung zu äußern hatten. **Angesichts der klaren Beweise ihres Verrates an den Eisenbahnern wagten es in dieser Sitzung die Wortführer des EdE, der GdE und des AGV nicht, mit radikalen Phrasen ihre Maßnahmen zu verdecken.** Trotzdem, da werden sie nach wie vor ihr betrügerisches Manöver versuchen und den Eisenbahnern weismachen versuchen, daß sie gegen den Massenabbau gewandt hätten.

In dem am zweiten Verhandlungstag unterbreiteten Einheitsfront-Angebot der RGO-Hauptbetriebsräte, das ein Appell an alle Eisenbahner ist, wird u. a. gesagt:

„Die Mitglieder der RGO im Hauptbetriebsrat der DRG haben in ihrer letzten Sitzung des Hauptbetriebsrates einen Vorschlag zur Schaffung der Einheitsfront aller Eisenbahner als die Voraussetzung zur Organisierung eines wirksamen Kampfes gegen die Maßnahmen der Eisenbahnhauptverwaltung und den Faschismus unterbreitet. Dieser Vorschlag wurde **von der Mehrheit des Hauptbetriebsrates abgelehnt.** In der Zwischenzeit haben die **Massenentlassungen durchgeführt,** das **Rationalisierungstempo gesteigert** und auf der anderen Seite hat die Reaktion durch die Einsetzung der Regierung der Freiherren, Grafen und Generale zu einem entscheidenden Schlage gegen die Werktätigen ausgeholt. Die Regierungserklärung der Papen-Schleicher-Hugenberg-Kabinetts kündigte **ungeheure Vorstöße auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet gegen die Arbeiterklasse an,** die bereits in der jetzt verkündeten Notverordnung ihren Niederschlag finden. **Der Lohn der Eisenbahner wird durch** die in der Notverordnung festgesetzten Zuschlag zur Einkommensteuer erneut gekürzt.

Die Nationalsozialisten haben zur Eroberung der Eisenbahnergewerkschaft einen Generalangriff unternommen. Sie werden dabei von der Hauptverwaltung der DRG mit allen Mitteln unterstützt. **Die Reichsbahnsportvereine, der Bahnschutz usw. sind Gebilde im Rahmen der nationalsozialistischen Bewegung.** Die Millionen, die von der DRG aus den Knochen der Eisenbahnarbeiter und unteren Beamten herausgepreßt werden und zum Ausbau der Eisenbahnsportvereine und des Bahnschutzes Verwendung finden, bedeuten eine **finanzielle Unterstützung der faschistischen Bewegung.**

Die Mitglieder der RGO im Hauptbetriebsrat appellieren an die Eisenbahner, die Einheitsfront **aller Eisenbahner** zu schaffen. Der Hauptbetriebsrat fordert alle Kollegen auf, **in jeder Dienststelle Betriebsversammlungen** einzuberufen, in denen zur politischen Lage Stellung genommen, **Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion auf breitester Grundlage gewählt** und die **einheitliche Kampffront der Eisenbahner** gegen den Faschismus organisiert wird. Der Hauptbetriebsrat erklärt, daß es angesichts der Situation die höchste Aufgabe aller Betriebsräte sein muß, durch die stärkste Mobilisierung der Eisenbahner die Machtergreifung des Faschismus durch den geschlossenen Kampf zu verhindern.

Der Hauptbetriebsrat der DRG wendet sich auch an die Tausende nationalsozialistischer Arbeiter und unteren Beamten der Eisenbahn, die heute noch Hitler folgen, weil sie glauben, daß der Nationalsozialismus ihnen nationale und soziale Befreiung bringt. **Die nationalsozialistische Partei hat nichts mit dem Sozialismus gemein, sondern ist die von der Bourgeoisie organisierte und finanzierte Bewegung zur Rettung des kapitalistischen Systems und der Aufrichtung der brutalsten und blutigsten Herrschaft der kapitalistischen Klasse. Die Tolerierung der Papen-Schleicher-Regierung durch Hitler, Strasser und Co.** muß den ehrlichen nationalsozialistischen Arbeitern zeigen, daß ihr Platz nicht in den Reihen der NSDAP-Bewegung ist, sondern in der unter dem Banner des Marxismus marschierenden Arbeiterbewegung.

Einheitsfront mit den freigewerkschaftlichen, christlichen, Hirsch-Dunckerschen und unorganisierten Eisenbahnern zur Niederschlagung des Nationalfaschismus, Einheitsfront der Eisenbahner zum Kampf gegen alle Pläne, die gegen die Arbeiterschaft gerichtet sind, gegen die drohende Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges ist das Gebot der Stunde!

Kollegen in den Dienststellen!

Reicht euch ohne Unterschied der gewerkschaftlichen und politischen Zugehörigkeit die Hand zu einem gemeinsamen Kampfbündnis der Eisenbahner gegen Nationalfaschismus, Papen-Schleicher-Regierung und alle Feinde der Arbeiterklasse.

Der Kampf gegen Nationalfaschismus kann nicht mit Worten, sondern nur durch entscheidende Kampfmaßnahmen geführt werden.

Angesichts dieser für die Arbeiterschaft sehr ernsten Situation unterbreiten die RGO-Betriebsräte der heutigen Sitzung des Hauptbetriebsrates diesen Kampfappell und machen die Eisenbahner erneut auf die drohenden Gefahren aufmerksam und zeigen ihnen auf, daß nur durch die Schaffung der Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion die Voraussetzungen geschaffen werden können, um alle Pläne der Reaktion abzuwehren und den Kampf der Eisenbahner für Arbeit, Brot und Freiheit zu organisieren.

Berlin, den 15. Juni 1932.

Die Mitglieder der RGO im Hauptbetriebsrat der DRG."

Dieser Appell wird bei den Eisenbahnern ein lautes Echo finden. In diesem Sinne muß an allen Orten die geschlossene Front der kampfgewillten Eisenbahner zustandekommen.

Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen!

Neuer verschärfter Abbau der Löhne, Unterstützungen und Renten kennzeichnet den Weg der Papen-Schleicher-Regierung. Die oppositionellen Gewerkschafter Dresdens rufen euch erneut zu einer Versammlung . .

Mittwoch, den 29. Juni, 20 Uhr, im Keglerheim

Kollege Stadtverordneter Hans Neuhof, Mitglied des DMV, spricht über: „Tarifverträge und Sozialversicherung. Was muß die Arbeiterschaft zur Abwehr der geplanten Anschläge tun?"

Erscheint in Massen! Bringt eure Kollegen mit!

Die Kommission der oppositionellen Gewerkschafter Dresdens.

Anrechnung der Gewerkschaftsunterstützung für Arbeitslose

Ein neuer Anschlag gegen die Gewerkschaftsmitglieder . Kollegen, schließt die Kampffront gegen die faschistischen Pläne der Papen-Schleicher-Regierung in der Antifaschistischen Aktion!

Die Presse verbreitet folgende Nachricht:

„Es verlautet in gewerkschaftlichen Kreisen, daß sich das Reichsarbeitsministerium unter seiner neuen Leitung ernstlich mit dem Plane trage, auf die an sich schon gekürzten Unterstützungssätze noch die von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen anzurechnen.

Ein solches Vorgehen müßte dazu führen, daß die Gewerkschaften erwägen, ob sie ihre Unterstützungen unter diesen Bedingungen weiterzahlen, die dann den Charakter einer Steuer zugunsten des Reiches und nicht mehr den einer Unterstützung für die Gewerkschaftsmitglieder erhielten."

Sollten sich diese Nachrichten bewahrheiten, dann steht ein neuer, ungeheurer Anschlag auf die Arbeitslosenunterstützung bevor. Wenn die Gewerkschaftsmitglieder auf Grund jahrelang gezahlter Beiträge ihre minimale Unterstützung vom Verband erhielten, so hatten sie den anderen Erwerbslosen gegenüber immer noch ein gewisses Plus. Auch das soll nun noch beseitigt werden. Das Recht auf Inanspruchnahme der von ihnen gezahlten Gelder soll verschwinden.

Hier zeigen sich die verhängnisvollen Folgen der **Umwandlung der Gewerkschaften aus Kampforganisationen in Unterstützungsvereine** für die Millionen der Gewerkschaftsmitglieder. Es zeigt sich aber auch, wie recht die oppositionellen Kollegen hatten, als sie gegen die Einführung neuer Unterstützungen ihre warnende Stimme erhoben und erklärten: **Die erwerbslosen und alten Arbeiter zu unterstützen, ist Sache des Staates, der ihnen jahrzehntelang die Steuern abgenommen hat.**

Trotzdem nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder die schon mehrfach abgebaute Unterstützung bezieht, erfolgt der neue Angriff fast gleichzeitig mit der „Wohlfahrtsstaat"-Notverordnung der Papen-Schleicher-Regierung.

Weder die sozialdemokratischen noch die christlichen Gewerkschaftsführer denken an eine Abwehr dieses geplanten neuen Raubzuges durch Kampfmaßnahmen.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft muß sich geschlossen in **breiter proletarischer Einheitsfront** zusammenfinden, um im **außerparlamentarischen Kampf den faschistischen Anschlag der Papenregierung abzuwehren!**

Neuer Lohnabbau und vollständiger Ferienraub für Dachdecker

Die Politik des „kleineren Uebels" wird fortgesetzt . Kollegen, organisiert den Kampf!

(Arbeiterkorrespondenz 717)

Am Dienstag, dem 21. Juni, hatte die Sektion der Dachdecker im Dresdner BGG eine Versammlung einberufen. Trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung waren **nur 34 Kollegen erschienen. Ein Beweis, daß das Vertrauen zur Gewerkschaft bei den Dachdeckern ganz erheblich zurückgegangen ist.**

Kollege Wünsche erstattete Bericht über die Verhandlungen zum Reichstarif. So sind **die Löhne im Rahmen des Bauarbeiterschiedsspruchs um 16 Prozent abgebaut worden. Das ist innerhalb 15 Monaten ein Abbau von 1,48 Mark auf 99 Pfennig pro Stunde.** Neu eingeführt wurde, den Wünschen der Dachdeckermeister entsprechend, eine Staffelung für die ersten Jahre nach der Lehrzeit, was praktisch Ausschaltung der älteren Gehilfen bedeutet. Neben einer ganzen Reihe weiterer Verschlechterungen wurde der **Urlaub vollkommen gestrichen.**

Betont wurde ausdrücklich, daß man es den Mitgliedern überlassen wolle, für oder gegen den Schiedsspruch zu stimmen.

In dieser Hinsicht sekundierte auch der **Vorsitzende der Dresdner Baugewerkschaft, Schümann,** dem Berichterstatter. Trotzdem zeigte ein Kollege auf, wie hier nur der Annahme des Schandspruches das Wort geredet wurde und **forderte Ablehnung** desselben und Streik. Wenn jetzt die Gelegenheit günstig sei, so müsse der Moment ausgenutzt werden, um den Anschlag der Meister abzuwehren. Nachdem noch andere Kollegen für die Ablehnung gesprochen hatten, wurde geheime Abstimmung vorgenommen. **Einstimmig wurde der Schiedsspruch abgelehnt.**

Auf die Frage, was nun werden solle, **erklärte Schümann, daß an Streik gar nicht zu denken sei,** weil noch Verhandlungsmöglichkeiten offen seien. **So sieht also der Kampf gegen Lohnraub aus.**

Kollege S. hatte einen Antrag eingebracht, die am Mittwoch stattgefundene antifaschistische Konferenz zu beschicken. Dieser Antrag hatte die Versammlungsleitung für den Moment ratlos gemacht und so mußte erst Schümann bestimmen, daß dies keine gewerkschaftliche Angelegenheit sei. Der Antrag wurde nicht behandelt.

Auf den Vorwurf Wünsches, daß die Kommunisten mit dem Faschismus gemeinsame Sache machten, zeigte Kollege S. auf, wie durch Tolerierung der Brüningregierung erst die Barone und Industriellen an das Ruder gekommen sind. Der „Kampf" der Gewerkschaftsbürokratie ist weiter nichts, als elende Heuchelei, um die Mitgliedschaft vom Kampfe abzuhalten. Dachdeckerkollegen, laßt euch nicht länger betrügen, marschiert mit uns in der Antifaschistischen Aktion!

Metallarbeiter, rüstet zum Streik!

Dem tariflosen Zustand in der Leipziger Metallindustrie versuchen jetzt die Arbeitgeber mit erneuten Raubplänen ein Ende zu machen. Bekanntlich waren die am 29. April und 6. Mai gefällten Schiedssprüche, die einen **Abbau der Spitzenlöhne um 5 bzw. 6 Pfennig und der Akkordlöhne um 7,9 Prozent,** sowie einen Abbau der Ferien diktierten, von den Arbeitnehmern abgelehnt worden. Die Leipziger Metallindustriellen haben jetzt allen Arbeitern **für den 28. Juni die Kündigung ausgesprochen,** aber zugleich ein **neues Arbeitsverhältnis auf der Grundlage der Schiedssprüche** angeboten.

Unter der Regierung Papen-Schleicher holt das Unternehmertum zu neuen Schlägen gegen die Arbeiterklasse aus. Für die Metallarbeiter darf es nur eine Antwort geben:

Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen jede weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung! Nur in geschlossener Einheitsfront werden die Metallarbeiter die Anschläge der Scharfmacher siegreich zurückschlagen.

Erwerbslose verweigern Streikarbeit

Der Streik der Karlsruher Transportarbeiter wird von den Erwerbslosen in vorbildlicher Weise unterstützt. Sofort nach Ausbruch des Kampfes stellten die Erwerbslosen **Massenstreikposten** und übernahmen das Stellen von Streikposten für die ganze Dauer des Streiks. **Erwerbslose, die vom Arbeitsamt zu Streikbrucharbeiten vermittelt wurden, erklärten sich solidarisch und legten sofort die Arbeit nieder.**

Wie DMV-Fischer gegen den Lohnraub „kämpft"

(Arbeiterkorrespondenz)

Am 10. Juni schickte die Direktion der Geblerwerke AG, Radebeul, den dort beschäftigten Maschinenformern ein Schreiben, nach dem ab 13. Juni die **Akkorde nur noch auf der Grundlage des Angelernteulohnes** berechnet werden sollten.

Diesen beabsichtigten **Lohnraub von 11 Prozent lehnten die Maschinenformer in einer Versammlung trotz Anwesenheit des bekannten Fischer vom DMV mit 34:1 Stimmen ab.** Auf dieses Ergebnis hin wurden im Beisein Fischers die Verhandlungen mit der Firma wieder aufgenommen. Obwohl Fischer vorher erklärte, daß er die **Streikvollmacht in der Tasche habe,** schloß er ein **Kompromiß ab, nach dem 5 Prozent vom Lohn der Maschinenformer abgebaut werden.**

Mit der demagogischen Erklärung, daß ja nur übertarifliche Bezahlung abgebaut würde und im **Falle des Streiks weder Erwerbslosen- noch Streikunterstützung** gezahlt würde, teilte er die Kollegen ein, so daß mit 31:4 Stimmen der sechsprozentige Lohnabbau angenommen wurde.

Hier zeigte sich wieder einmal die ganze **Verlogenheit der Gewerkschaftsführer.** Erst Reden von Streik und dann die Drohung: „Der bekommt keine Unterstützung". **Für die Metallarbeiter ist das ein Grund mehr, sich der Opposition anzuschließen und die Betrugsmanöver der Gewerkschaftsbonzen vor der gesamten Mitgliedschaft zu entlarven.**